

# PES WOMEN Manifesto

## Zero-Tolerance Zone: A Europe Free from Gender-Based Violence

Adopted at PES Women Statutory on 15 October 2021

**THE LINE HAS BEEN CROSSED**  
TOLERANCE ZONE FOR GENDER-BASED VIOLENCE



**THE LINE HAS**  
ZERO TOLERANCE

Jede dritte Frau weltweit, rund 736 Millionen, ist im Laufe ihres Lebens körperlicher oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Solange Frauen, auf Grund ihres Geschlechts, beschimpft, traumatisiert, geschlagen, vergewaltigt, gehandelt, ermordet oder auf andere Weise ihrer körperlichen Autonomie beraubt werden, und solange Mädchen in der Schule und im Internet noch immer belästigt werden, sie weiblicher Genitalverstümmelung und Zwangsheiraten ausgesetzt sind, ist Europa nicht gleich und nicht frei von geschlechtsspezifischer Gewalt.

Die Corona Pandemie hat Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt verstärkt, aber die sogenannte „Schattenpandemie“ geschlechtsspezifischer Gewalt grassiert seit Jahren in Europa und der Welt. Wir von PES Women sagen, dass die Grenze viel zu oft überschritten wurde. Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt haben das Recht, frei von geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung zu leben – physisch, sexuell oder psychisch, online oder offline. Es geht um Menschenrechte. Bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt geht es darum, unsere europäischen Werte zu respektieren und für Gleichstellung einzutreten. Diese Einschätzung wurde von den SPE-MinisterInnen für Geschlechtergleichstellung in einer Erklärung am 5. November 2020 und von der SPE-Präsidentschaft am 25. Juni 2021 bekräftigt.

Deshalb begrüßt SPE Women die Absicht der Europäischen Kommission, bis Ende 2021 eine EU-Richtlinie zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und häuslicher Gewalt vorzulegen. Es braucht dringend eine ambitionierte und fortschrittliche Gesetzgebung sowie ausreichende Mittel für Anti-Gewalt-Initiativen. Europa muss eine Null-Toleranz-Zone für geschlechtsspezifische Gewalt werden.

Dieses Manifest legt die Forderungen der SPE-Frauen nach einem Europa frei von geschlechtsspezifischer Gewalt dar, basierend auf drei Säulen: einem starken Rechtsrahmen, einer angemessenen Finanzierung und einer sich ändernden Denkweise.

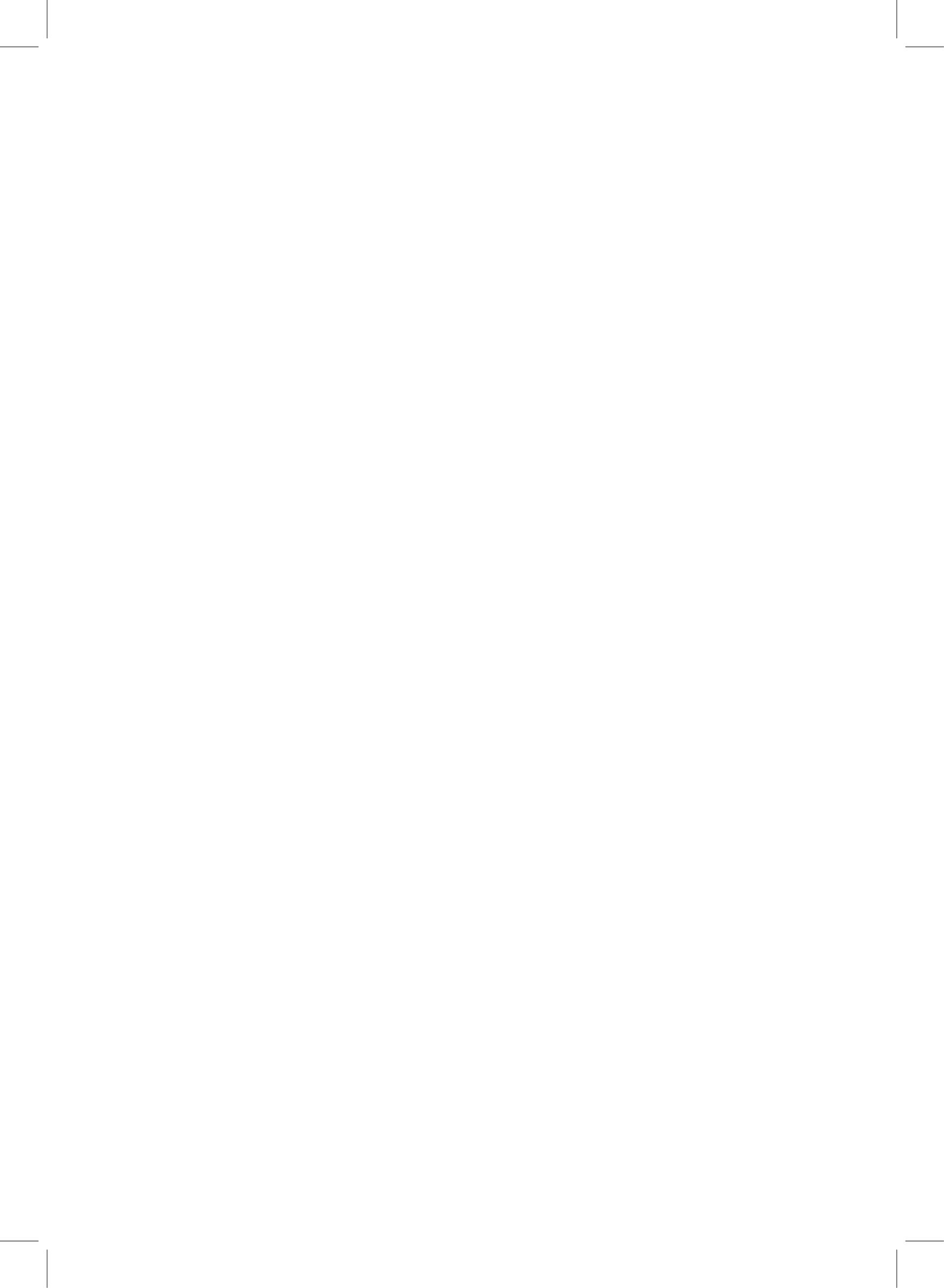
**UNSERE DREI SÄULEN:**  
Ein starker Rechtsrahmen  
Angemessene Finanzierung  
Denkweisen ändern

**PES**

Socialists & Democrats

**WOMEN**





# 1. Ein starker Rechtsrahmen

- Sofortige und vollständige Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die EU und alle Mitgliedstaaten, da die Istanbul-Konvention das stärkste verfügbare internationale Instrument zur Umsetzung von Null-Toleranz-Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz von Opfern/Überlebenden und zur Verfolgung von Tätern ist.
- Eine horizontale, ehrgeizige und intersektionale EU-Richtlinie zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt in all ihren Formen, mit verbindlichen Maßnahmen und Verpflichtungen zur Ergänzung der Istanbul-Konvention und effizienten Mechanismen zur Überwachung und Bewertung. Die Richtlinie muss mehr Mittel und Maßnahmen zur Verbesserung der Datenerhebung, Prävention, Aufklärung, des Schutzes und der Strafverfolgung anregen. Sie muss einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, um die bestehenden EU-Rahmen zu vereinheitlichen, um allen Frauen, unabhängig davon, wo in Europa sie leben, gleichen Schutz zu bieten.
- Erweiterung der Liste der EU-Straftaten gemäß Artikel 83 Absatz 1 AEUV um geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, um deren Schwere anzuerkennen, einen einheitlichen europäischen Ansatz zu fördern und ein gleich hohes Schutzniveau für Frauen zu gewährleisten - in allen Mitgliedstaaten.
- Änderung des Sexualstrafrechts in Bezug auf Vergewaltigungen und Einführung von „ja heißt ja“ in der gesamten EU. Abkehr von archaischen Praktiken der Opferbeschuldigung bei der rechtlichen Herangehensweise an sexuelle Übergriffe.
- Schaffung einer einheitlichen EU-Definition von Femizid und Verbesserung der Datenerhebung zu diesem tragischen Phänomen, um das Bewusstsein für das Problem zu schärfen, die EU-Zusammenarbeit zu seiner Prävention zu verbessern und die Täter besser strafrechtlich verfolgen und überführen zu können.
- Ratifizierung und vollständige Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung (CEDAW) der Frau und des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Bekämpfung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt durch alle EU-Mitgliedstaaten. Internationale Rechenschaftspflicht und Gewährleistung der Sicherheit von Frauen am Arbeitsplatz sind entscheidende Schritte zur Schließung von Beschäftigungslücken, zur Verbesserung der Arbeitskultur und der Rolle der Frauen in der Gesellschaft.





## 2. Angemessene Finanzierung

- Gender Budgeting muss auf allen Ebenen des europäischen Regierens zur Norm werden, um sicherzustellen, dass der Gleichstellung der Geschlechter finanzielle Priorität eingeräumt wird und EU-Gelder effektiv und gezielt zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt verwendet werden.
- Verbesserte Datenerhebung zu geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und EU-Ebene mit ausreichender Finanzierung und verbesserter Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für die Gleichstellung der Geschlechter, Eurostat und der EU-Agentur für Grundrechte, um die Forschung in diesem Bereich zu koordinieren, das Bewusstsein zu schärfen und Maßnahmen zu unterstützen und Richtlinien mit konkreten Zahlen zu unterlegen.
- Menschenhandel, auch zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, muss bekämpft werden und Opfer/Überlebende benötigen substanzielle Unterstützung, nicht zuletzt durch verstärkte Datenerhebung und angemessene Finanzierung.
- Geschlechtersensible nationale Wiederaufbau- und Resilienzpläne mit zweckgebundenen Mitteln zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich der Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft, Frauenhäusern und Anti-Gewalt-Projekten.
- Fortführung des EU-weiten Pilotprojekts zur Einrichtung einer gemeinsamen Telefon-Hotline, die den Zugang zu Anti-Gewalt-Unterstützung in allen EU-Mitgliedstaaten verbindet.





# 3. Denkweisen ändern

- Fragen der Geschlechtergleichstellung müssen einen wichtigen Platz auf der europäischen politischen Agenda einnehmen. Ein formelles Forum zur Priorisierung von Fragen der Geschlechtergleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung auf Ratsebene, damit die für dieses Ressort zuständigen MinisterInnen das Kontinuum der Gewalt in angemessener Weise angehen können.
- Verpflichtende, umfassende und inklusive Sexualerziehung in allen nationalen Lehrplänen, einschließlich der Vermittlung des Konzepts von Einwilligung und gesunden Beziehungen, um geschlechtsspezifische Gewalt an ihren Wurzeln zu bekämpfen, indem patriarchale Strukturen und Verhaltensweisen, die zu Gewalt und Diskriminierung führen, aufgebrochen werden.
- Verpflichtende geschlechtsspezifische Gewaltpräventions- und Sensibilitätsschulungen für ErsthelferInnen wie Gesundheitspersonal, Polizei, Feuerwehrleute, aber auch dringende Förderung solcher Schulungen für LehrerInnen, BeamtenInnen, JournalistInnen und Justiz, um Prävention, Problemerkennung und Unterstützung der Opfer/Überlebenden zu garantieren.
- Gender Mainstreaming auf allen Ebenen des europäischen Regierens mit einer Anti-Gewalt-Perspektive, einschließlich in der Digital-, Beschäftigungs-, Handels-, Migrations-, Klima- und Jugendpolitik.
- Kulturelle, politische und erzieherische Bemühungen zur Etablierung einer Zustimmungskultur in der gesamten EU zur Bekämpfung von Gewalt und zur Förderung einer Sichtweise von Frauen, die sie als Individuen sieht und behandelt, die Respekt, Autonomie und Sicherheit verdienen.

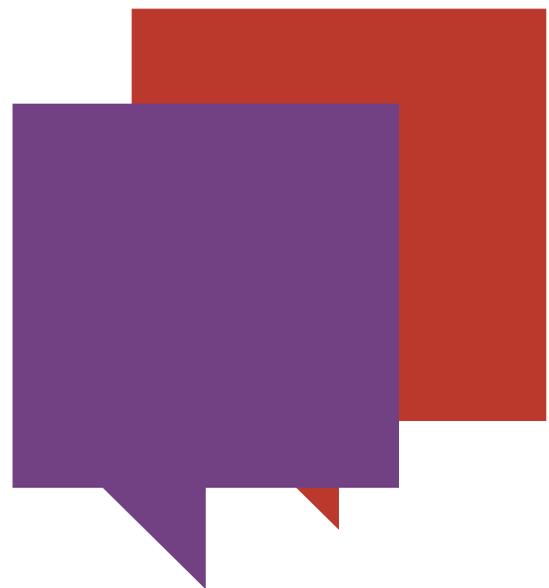


# Follow and contact us

Facebook @pes.women Twitter

@pes\_women Email

pes.women@pes.eu



**HAS BEEN CROSSED**  
**OR GENDER-BASED VIOLENCE**



**THE LINE HAS BEEN**  
**ZERO TOLERANCE ZONE FOR GEND**